Förderbanken I

Ruhiges Fahrwasser in Bayern

„Wir sind jetzt in sehr ruhigem Fahrwasser im Vergleich zu vor einem Jahr." So sieht das zumindest Hubert Aiwanger, der bayerische Wirtschaftsminister auf der Bilanzpressekonferenz „seiner" Förderbank LfA. Er wies jedoch auch darauf hin, dass man noch nicht wisse, was in den kommenden Wochen und Monaten bezüglich der Insolvenzen nach dem Ende des Insolvenzaussetzungsgesetzes auf das Land zukomme. Aiwanger sieht die Substanz vieler Unternehmen geschwächt. Dass trotzdem ein ruhigeres „Fahrwasser" festzustellen ist, liegt natürlich nicht zuletzt an dem unermüdlichen Einsatz der Förderbanken. Aiwanger hob dabei hervor, dass auch auf dem Höhepunkt der Krise im vergangenen Jahr nicht nur „Notfall-Operationen" der LfA stattfanden, im Sinne einer Liquiditätsspritze, sondern dass auch viele Zukunftsinvestitionen, beispielsweise in die Energieeffizienz und Digitalisierung, trotz oder gerade wegen der Corona-Krise getätigt wurden. Das schlägt sich auch in den Zahlen der LfA nieder. Das Gesamtfördervolumen, das sich aus den Darlehen und Risikoübernahmen zusammensetzt, stieg 2020 vor allem Coronabedingt deutlich um 68,2 Prozent auf 4,34 Milliarden Euro nach 2,58 Milliarden Euro im Vorjahr. Der Löwenanteil darunter entfiel erneut auf das Kreditangebot, das um 44 Prozent auf 3,4 Milliarden Euro anwuchs. Laut LfA die höchste Nachfrage nach Krediten seit Gründung des Instituts. Die Risikoübernahmen haben sich sogar mehr als vervierfacht und erreichten 933 Millionen Euro nach 208 Millionen Euro im Vorjahr – auch das ein Rekordstand.

Erfreulich ist sicherlich, dass auch das Normalgeschäft ein – wenn auch marginales – Wachstum verzeichnete. So erhöhte sich hier das Zusagevolumen von 1,81 Milliarden Euro im Vorjahr auf 1,86 Milliarden Euro. Besonders gefragt waren demnach Finanzierungsangebote für Gründung, Wachstum, Innovation, Digitalisierung und Energie und Umwelt. Trotz Corona förderte die LfA 400 Neugründungen.

Um auch weiterhin kräftig fördern zu können, sollte auch eine Förderbank auf die betriebswirtschaftlichen Zahlen achten – auch wenn sie grundsätzlich nicht gewinnorientiert arbeitet. Und auch diese vom Vorstandsvorsitzenden Otto Beierl präsentierten Zahlen können sich bei der LfA sehen lassen. Der kumulierte Ertrag aus Zins- und Provisionsüberschuss konnte um mehr als fünf Prozent auf 118 (112) Millionen Euro verbessert werden. Der Hauptertragsbringer war dabei der Zinsüberschuss, der im Berichtsjahr auf 98,7 (96,9) Millionen Euro kletterte. Der Provisionsüberschuss hat zwar mit 18,9 (14,7) Millionen Euro den geringeren Anteil, allerdings war er damit für mehr als zwei Drittel des Ertragszuwachses verantwortlich. Gleichzeitig hielt das Institut die Aufwendungen in Schach. Der Verwaltungsaufwand erhöhte sich nur um eine Million Euro auf rund 65 Millionen Euro.

Die Risikovorsorge hingegen wurde massiv erhöht. Nach einer Auflösung der Risikovorsorge von 22,4 Millionen Euro im Jahr 2019 wurde sie diesmal um etwa 20 Millionen erhöht. In erster Linie dadurch erklärt sich das sehr deutlich um 12,2 Millionen Euro auf 34,1 Millionen Euro zurückgegangene operative Betriebsergebnis. In Anbetracht der Umstände ein ordentlicher Wert. Das Kernkapital der LfA hat sich damit 2020 leicht auf 1,79 (1,76) Milliarden Euro verbessert. Die Kernkapitalquote erreichte komfortable 22,6 Prozent. Für das laufende Jahr erwartet die Förderbank noch einmal einen Anstieg der Risikovorsorge.

Förderbanken II

Ein historisches Jahr für die L-Bank

Wie bei allen Förderbanken war natürlich auch das Institut des Bundeslands Baden-Württemberg, die L-Bank, in der Corona-Krise besonders gefordert. Ein historisches Jahr, wie die Vorstandsvorsitzende der L-Bank, Edith Weymayr, gleich zu Beginn der Bilanzpressekonferenz betonte. Ein Jahr „in dem wir hart gekämpft haben". Und einen deutlichen Anstieg des Fördervolumens verzeichneten. So hat die L-Bank 2020 Fördermittel in Höhe von 12,1 Milliarden Euro vergeben, was einem Anstieg um 3,8 Milliarden Euro beziehungsweise 46 Prozent entspricht. Der Hauptteil des Zuwachses entfiel natürlich auf Corona-Hilfen, die sich auf 2,7 Milliarden Euro, verteilt an 270 000 Unternehmen, summierten. Aber auch das Normalgeschäft war weiter gefragt. Die Finanzierungszusagen in der Wirtschafts- und Wohn-

Dieser Artikel ist urheberrechtlich geschützt. Die rechtliche Freigabe ist für den Abonnenten oder Erwerber ausschließlich zur eigenen Verwendung.
Fritz Knapp Verlag GmbH

raumförderung wurden um 0,2 Milliarden Euro auf 5,0 Milliarden Euro ausgeweitet. Das Wachstum ging dabei allein auf die Wohnraumförderung zurück. Die Wirtschaftsförderung blieb konstant, allerdings hat sich die Zahl der geförderten Unternehmen von 11 100 auf 8 400 deutlich reduziert, was auf eine deutlich höhere Fördersumme je Unternehmen hindeutet. Eine echte Erklärung dafür konnte die L-Bank auf Nachfrage nicht liefern.

Um ihrer wichtigen Aufgabe, die Transformation der Wirtschaft weiter zu finanzieren, gerecht werden zu können, reicht die L-Bank auch seit Januar 2021 negative Zinsen an die Kommunen für deren Zukunftsinvestitionen weiter. Ab Mitte des laufenden Jahres soll das bei Bedarf und entsprechender Zinslage auch für Unternehmen eingeführt werden.

Betriebswirtschaftlich blickt die L-Bank auf ein nach eigenen Angaben zunächst widersprüchlich erscheinendes Ergebnis. Zwar fordere die Krise die Förderbank wie noch keine Krise zuvor, dennoch habe der Jahresabschluss wenige Überraschungen ergeben, so der stellvertretende Vorstandsvorsitzende Ulrich Theileis. Allerdings ist diese Einschätzung Ansichtssache. So sanken die Erträge von 355,2 Millionen Euro im Vorjahr auf 332,1 Millionen Euro. Der Zinsüberschuss als nach wie vor wichtigste Ertragsquelle sank von 302 Millionen Euro doch recht deutlich auf 263,2 Millionen Euro. Das entspreche den Erwartungen. Doch im Vergleich zu manch anderen Förderbanken, die zuletzt meist den Zinsüberschuss verbessern konnten, ist diese Entwicklung dann doch etwas überraschend. Wenn man allerdings auf die historische Zeitreihe blickt, dann auch wieder nicht. Seit 2017 sinkt der Hauptertrag mehr oder weniger kontinuierlich. Gegenüber 2016 mit 368,93 Millionen Euro ist die Hauptteinnahmequelle damit bereits um über 100 Millionen Euro geschrumpft. Allerdings konnte die L-Bank das mit dem Provisionsüberschuss teilweise auffangen, der um 16,5 Millionen Euro auf 61,2 Millionen Euro stieg.

Gleichzeitig erhöhten sich die Verwaltungsaufwendungen im vergangenen Jahr um 3,9 Prozent auf 187,1 Millionen Euro. Dadurch ist auch die Cost Income Ratio von 53,5 Prozent auf 57,9 Prozent deutlich gestiegen. Im Gegenzug konnte die L-Bank jedoch das Bewertungsergebnis deutlich von minus 35,1 Millionen Euro im Vorjahr auf minus 8,8 Millionen Euro verbessern, obwohl das Institut nach eigener Aussage „umfangreiche pauschale Vorsorgen für mögliche Auswirkungen der Pandemie“ getroffen hat. Somit lag das verteilungsfähige Ergebnis mit 130,4 Millionen Euro sogar minimal über dem Vorjahreswert von 130,0 Millionen Euro. Unter dem Strich und unter Berücksichtigung des Gewinnvortrags aus dem Vorjahr blieb ein Bilanzgewinn in Höhe von 51,4 Millionen Euro, wovon 50 Millionen Euro in die anderen Rücklagen zur Erhöhung der Kernkapitalquote eingestellt wurden. Diese lag zum Stichtag bei 20,39 (20,06) Prozent. Damit steht das Institut immer noch gut da, um weiterhin das Land Baden-Württemberg „mit hohem Engagement“ zu unterstützen.

Sparkassen

Schleswig-Holsteiner fühlen sich gerüstet

„Landesbanken sind Staats- und Kommunalbanken im jeweiligen Bundesland, für das sie alle Bankgeschäfte ausführen, es finanziell beraten und damit eine Hausbankfunktion wahrnehmen. Landesbanken sind darüber hinaus befugt, alle im Rahmen ihrer Satzung erlaubten bankmäßigen Geschäfte zu betreiben. Die Sparkassen betreiben insbesondere das Geschäft mit kleinen und mittleren Unternehmen sowie das Mengengeschäft, während sich die Landesbanken auf das Geschäft mit Großunternehmen, vermögenden Privatkunden und institutionellen Anlegern konzentrieren. Streng zu trennen von den Aufgaben der Landesbank ist die Funktion einer Girozentrale, die meist ebenfalls von der Landesbank wahrgenommen wird.“ So lautet die allgemeingültige Definition.

Die natürlich durch die Fusionen und Übernahmen in den vergangenen Jahren ein wenig überholt scheint und über die so trefflich gestritten werden kann. Während die einen für ein echtes Spitzeninstitut plädieren, wollen die anderen mehrere Landesbanken nebeneinander erhalten, allerdings mit einer deutlich strikteren Trennung im Produkt- und Dienstleistungsangebot der einzelnen Institute. Im hohen Norden verfolgt man die Entwicklung mit einem lachenden und einem weinenden Auge. Weinend, denn schließlich hatte man ja mal eine Landesbank. Lachend, denn man ist von alldem nur noch indirekt betroffen. Ohne

Dieser Artikel ist urheberrechtlich geschützt. Die rechtliche Freigabe ist für den Abonnenten oder Erwerber ausschließlich zur eigenen Verwendung.
Fritz Knapp Verlag GmbH

echte eigene Landesbank haben sich die Mitgliedssparkassen des Sparkassen- und Giroverbandes Schleswig-Holstein in den vergangenen Jahren einen „Kooperationsverbund“ aufgebaut, indem sie sich einfach aus dem jeweiligen Angebot der einzelnen Häuser aus Hessen, Niedersachsen, Baden-Württemberg oder Bayern das beste herausgepickt haben. Das funktioniere sehr gut, stellte Verbandsgeschäftsführer Harald Weiß fest. Von Schleswig-Holstein in der S-politischen Diskussion von einem Vorbild für das Arbeitsteilungsmodell zu sprechen, ging ihm dann aber doch zu weit. SGVSH-Präsident Oliver Stolz sah es in der Diskussion als viel wichtiger an, dass sich „die S-Finanzgruppe insgesamt als stabil erweise“.

Seine Institute sieht Stolz für die kommenden Herausforderungen gut gewappnet. Zwar werde der Wertberichtigungsbedarf in den kommenden Monaten sicherlich steigen, aber die schleswig-holsteinischen Sparkassen hätten ordentlich offene und verborgene Vorsorge getroffen: „Sie sind gut aufgestellt“, so der Präsident. Konkrete Zahlen über die stillen Reserven wurden zwar nicht genannt, aber die Aussage „Wir als Prüfer sind sehr entspannt“ sagt schon einiges. Das Betriebsergebnis vor Bewertung ist im abgelaufenen Geschäftsjahr auf 0,79 Prozent der Durschnittsbilanzsumme gefallen, von zuvor 0,83 Prozent. Für das laufende Jahr rechnen die Verbandsverantwortlichen mit einem weiteren Absacken auf 0,66 Prozent, gehen dann aber von einer sanften Stabilisierung auf diesem Niveau bis 2025 aus. Größtes Problem: Der Zinsüberschuss ist in den vergangenen fünf Jahren von 2,05 Prozent der DBS auf nur noch 1,62 Prozent gesunken. Gleichzeitig bläht sich die Bilanzsumme durch den enormen Einlagenstrom und das Wachstum der Kreditbestände immer weiter auf.

Landesbanken

Alles sehr geschickt

Selbstverständlich ist das alles klug bedacht, fein gestaltet und ordentlich ausgeführt: Eine kleinere Landesbank bekommt durch segensreiche politische Umstände ein attraktives Geschäftsgebiet dazu. Dafür braucht es ohne Frage einen ansehnlichen Standplatz vor Ort. Gewiss wäre dessen Einrichtung keine Finanzierungsfrage gewesen. Aber interessanter für alle war natürlich eine anständige Konstruktionsfinanzierung – ein geschlossener Immobilienfonds, aufgelegt von einer landesbankeigenen Verwaltungsgesellschaft. Und die Fondsanteile konnte man bestens den Landesbankbesitzern, den Sparkassen, zum Provisionsgeschäft mit Sparkassenkunden andienen. Diese gehobene Klientel fand sich gerne geschätzt, zeichnete schnell. Die Landesbank im gewonnenen Geschäftsgebiet baute daselbst geschwind und richtete sich alsbald mit einiger Verwandtschaft nützlich ein. Die Miete entsprach den hohen Erwartungen an hohes Wachstum und erfreute entsprechend die gern beteiligten Kommanditisten der Fonds-KG. Tadellos.

Ungefähr ein Vierteljahrhundert später begann sich abzuzeichnen, dass der allseits geachtete Fondsstandort in absehbarer Zukunft statt außer- nur noch gewöhnliche kreditgewerbliche Aussichten zu erfüllen versprach: Die Objektmiete war viel zu hoch, fast um das Doppelte. Man würde sie senken müssen, und damit natürlich auch die Fondsrendite. Unzumutbar für verwöhnte Zertifikatbesitzer in besseren Klientelkreisen bestimmt. Die Landesbank als freundliche Mieterin beschloss deshalb, die Kommanditisten von ihrer Last zu befreien. Sie kaufte der Fondsgesellschaft, inzwischen keine Konzerneinheit mehr, das ganze Objekt ab. Geordnet, geschätzt, geschwind – zum aktuellen Marktwert geprüft. Bedauerlicherweise ist derselbe zuletzt aber nur etwa halb so hoch wie einst die Bruttoeinzahlung der Fondsanleger. Schlicht nebeneinander gestellt und ungeachtet aller jährlichen Fondsausschüttungen hat sich der Wert der Fondsanteile somit etwa hälftig vermindert!

Was für ein Skandal. Natürlich Klage. Und ein biederes Landgericht befand doch tatsächlich, dass so ein geschicktes Agieren einer reputierlichen Landesbank samt freundlichem Anhang die Dimension einer nur schriftlichen Beschlussfassung sprengte. Man musste es also noch einmal persönlich und Corona-affin erledigen. Alles professionell bewältigt, was sonst. Demnächst kann liquidiert werden. Das Klagegeschrei der geübten Anlegeranwälte wird – Stand heute – wohl verklingen. Die Helaba hat, dem positiven Recht gemäß, im gesamten Verlauf keinen Grund zu netten oder anderen Stellungnahmen gesehen. Das kann man so machen. Und auch andere Landesbanken pflegen die Distanz zu allerlei Nebengeschäften gerne zu entdecken und zu entwickeln, wenn’s

Dieser Artikel ist urheberrechtlich geschützt. Die rechtliche Freigabe ist für den Abonnenten oder Erwerber ausschließlich zur eigenen Verwendung.
Fritz Knapp Verlag GmbH

ein bisschen nachhaltig wird. In einer Zeit, in der der Nutzen des Kreditgewerbes so nachhaltig wie heute hinterfragt wird, ist ausgeprägte Raffinesse aber nicht nur lobenswert. Sondern vielleicht nur zu geschickt. K.O.

Genossenschaftsbanken

Kompliziertes Jahr für die Apo Bank

Das abgelaufene Geschäftsjahr der Deutschen Apotheker- und Ärztebank (Apo Bank) war alles andere als einfach und verlief keineswegs reibungslos. So hat die allgegenwärtige Corona-Krise die Bank besonders gefordert, weil ihre angestammte Klientel nun mal sehr direkt damit konfrontiert wird. Für sehr große Probleme sorgte auch das Mammut-IT-Projekt. Die Düsseldorfer haben im vergangenen Jahr ihr Kernbankensystem vom System des Verbunddientsleisters Fiducia GAD vollständig auf Avaloq migriert. Dabei kam es zu vielen Störungen, die auch viel Geld gekostet haben.

Unter anderem Überweisungen und andere Dienstleistungen funktionierten nicht oder zumindest nicht reibungslos. Daran hat die Apo Bank weiterhin zu knabbern. Laut Vorstandschef Ulrich Sommer befindet sich das Projekt immer noch in der Konsolidierungsphase. Die erforderlichen Updates würden in den nächsten Monaten sukzessive eingespielt. Wie Sommer auf der Bilanzpressekonferenz mitteilte, kostet die Umstellung „einen mittleren dreistelligen Millionenbetrag“ und wohl auch mehr als vor drei Jahren ursprünglich geplant. Auf genauere Zahlen wollte sich Sommer jedoch nicht festnageln lassen. Der Blick auf die Verwaltungsaufwendungen gibt nur bedingt Aufschluss. Insgesamt ist dieser Posten um 5,4 Prozent oder 37 Millionen Euro auf 720,9 Millionen Euro gestiegen.

Auf der Ertragsseite hingegen lief es gut für die Genossen. Den Zinsüberschuss steigerten sie um 8,6 Prozent beziehungsweise 59,3 Millionen Euro auf 750,4 Millionen Euro. In Anbetracht der Zinslandschaft eine erstaunliche Leistung. Die Bank profitierte dabei nach eigenen Angaben auch von geringeren Zinsaufwendungen. Sowohl in absoluten als auch prozentualen Zahlen konnte der Provisionsüberschuss da nicht mithalten, dennoch zeigte er mit einem Zuwachs um 5,1 Prozent beziehungsweise neun Millionen Euro eine gute Entwicklung. Damit konnte der Zuwachs der kumulierten Erträge die höheren Aufwendungen überkompensieren. Die Risikovorsorge für das operative Geschäft sank sogar von 43,5 auf 40,1 Millionen Euro. Die Apo Bank sieht bislang auch keinen erhöhten Vorsorgebedarf aufgrund der Corona-Krise. Unter dem Strich blieb ein um 1,9 Prozent verbesserter Jahresüberschuss in Höhe von 65,3 Millionen Euro.

Zwei Punkte sind darüber hinaus noch erwähnenswert. Die Apo Bank verzeichnete einen großen Sprung in der Bilanzsumme um gut zehn Milliarden Euro beziehungsweise 19,8 Prozent auf 59,44 Milliarden Euro. Laut Sommer geht die Erhöhung in etwa je zur Hälfte auf das Einlagenwachstum und die Teilnahme am langfristigen Refinanzierungsgeschäft (TLTRO) der EZB zurück. Im Sommer hat sich die Apo Bank aus konservativer Vorsicht im Zuge der Krise mit fünf Milliarden Euro Liquidität vollgesaugt. Der zusätzliche Zinsabschlag von 50 Basispunkten unter den Hauptrefinanzierungssatz dürfte dabei auch sein Scherflein zur Entwicklung des Zinsüberschusses beigetragen haben, zumal die Liquidität zumindest teilweise auch in Wertpapierbestände wanderte, wie der Vorstand auf Nachfrage bestätigte.

Zudem wies die Apo Bank darauf hin, dass sie grundsätzlich in der Lage gewesen wäre, eine Dividende zu zahlen, um ihre Mitglieder angemessen am Erfolg zu beteiligen. Allerdings ist das nicht im Sinne der EZB, weswegen die Apo Bank 49 Millionen Euro Gewinn auf neue Rechnung vortragen will.

Nachhaltigkeit

Was kostet die (grüne) Welt?

Was hält ein Unternehmen am Laufen? Ganz nüchtern betrachtet das Betriebsergebnis am Ende des Jahres, also der Saldo aus Aufwand und Ertrag. Einnahmen und Ausgaben kontrollieren zu können, erfordert Voraussicht und Planbarkeit. Wie gut ein Projekt oder eine Investition auch in Gedanken erscheinen mag, sind Erfolg und Aufwand nicht planbar, ist es wohl die sinnvollere Entscheidung, den Gedanken zu verwerfen und lieber etwas zu tun, was Erträge verspricht.

Dieser Artikel ist urheberrechtlich geschützt. Die rechtliche Freigabe ist für den Abonnenten oder Erwerber ausschließlich zur eigenen Verwendung.
Fritz Knapp Verlag GmbH

Diese nüchterne Betrachtungsweise verhindert derzeit vielen Unternehmen das Verfolgen einer nachhaltigen Unternehmensstrategie, wie eine gemeinsame Studie von Forsa und der Commerzbank zeigt. In der Studie, in der mittelständische Unternehmen mit Jahresumsätzen zwischen 2 und 100 Millionen Euro befragt wurden, gibt circa ein Drittel der Unternehmen an, keine Nachhaltigkeitsstrategie zu haben und derzeit auch keine zu planen. So brisant das Thema auch sein mag, das Ergreifen von Maßnahmen wird oft durch schlichte betriebswirtschaftliche Gründe behindert: 50 Prozent berichten der Commerzbank, Aufwand und Ertrag von Nachhaltigkeitsmaßnahmen seien nicht einschätzbar, was ein Hindernis darstelle. Dabei wird das Thema von den Unternehmen keineswegs verkannt: Rund drei Viertel der Befragten sehen das Thema Nachhaltigkeit als eine „Notwendigkeit für die Zukunftsfähigkeit des Mittelstandes".

Und selbst wenn eine Nachhaltigkeitsstrategie vorhanden ist, so offenbart sich eine gewisse Ideenlosigkeit in den Maßnahmen, die bereits ergriffen werden: Wie die Studie ermittelt, sind es eher die leicht umsetzbaren und auf lange Sicht wohl auch kostensparenden Aspekte, die angegangen werden, und nicht solche, die auf eine grundlegende Neuausrichtung des Geschäftsmodells unter nachhaltigen Gesichtspunkten schließen lassen. 77 Prozent der Unternehmen versuchen demnach, Verbrauchsmaterialien einzusparen, 64 Prozent versuchen, ihre Arbeitsabläufe zu optimieren. Dahingegen finden sich Innovationsmanagement mit 36 Prozent und die Umstellung von Produktionsanlagen mit 14 Prozent am Ende wieder.

Ähnliche Gründe wie für die fehlende Nachhaltigkeitsstrategie sprechen auch gegen eine umfangreichere Nutzung nachhaltiger Finanzierungsinstrumente. Aus einer zeitgleich veröffentlichten Studie des Deutschen Aktieninstituts (DAI) in Kooperation mit der Börse Stuttgart ergibt sich, dass sich die Nutzung dieser Instrumente selbst für größere Unternehmen einerseits schwierig gestaltet und andererseits betriebswirtschaftlich unattraktiv ist. Rund 40 Finanzverantwortliche aus DAX-, MDAX-, und SDAX-Unternehmen sowie aus Unternehmen, die bereits nachhaltige Finanzierungsinstrumente begeben haben, wurden zur Nutzung solcher Instrumente befragt. Zwar sind 95 Prozent der Befragten bereits mit Nachhaltigkeitsaspekten in der Unternehmensfinanzierung in Berührung gekommen, aber 65 Prozent geben an, noch keine Möglichkeiten der nachhaltigen Finanzierung wahrgenommen zu haben.

Von diesen 65 Prozent geben wiederum 67 Prozent an, andere Arten der Finanzierung würden ausreichen, 26 Prozent, der hohe Ressourceneinsatz hindere sie am Einsatz, und 22 Prozent, sie könnten keinen Vorteil bei den Finanzierungskosten erkennen. Nach der strategischen Einbettung wäre aber für rund neun von zehn Unternehmen ein messbarer Vorteil bei den Finanzierungskosten der wichtigste Grund für eine zukünftige Anwendung von nachhaltigen Finanzierungsinstrumenten.

Fasst man die beiden Studienergebnisse grob zusammen, so sind es vor allem betriebswirtschaftliche Gründe, die gegen eine stärkere nachhaltige Transformation der deutschen Wirtschaft sprechen. Darauf nimmt die Bundesregierung, die den Kampf gegen den Klimawandel mit Macht vorantreibt, aber (zu) wenig Rücksicht. Natürlich wird ein wirklich nachhaltiger Umbruch in der Wirtschaft in jedem Falle Zeit und Aufwand benötigen. Es wäre aber schön, wenn alle Beteiligten ihren Beitrag dazu leisten, dass diese Faktoren zumindest berechenbar werden.

Banken

„Aufklärungsbedarf" über Negativzinsen

Am 3. Dezember 2020 hat das Landgericht Köln über den Rechtsstreit einer Bank als Klägerin gegen den Inhaber eines bei ihr mit 13 Millionen Euro auf Guthabenbasis geführten Girokontos entschieden, dass die Kontenkündigung der Bank aufgrund der Weigerung des Kunden, Negativzinsen für das Guthaben zu akzeptieren, wirksam geworden ist. In der ZIP-Zeitschrift für Wirtschaftsrecht, die dieses Urteil in ihrer Ausgabe 8/2021, Seite 400 abgedruckt hat, wurde dazu der folgende redaktionelle Leitsatz formuliert: „Die Kündigung eines gebührenfrei geführten Girokontos wegen der Belastung der Bank mit Negativzinsen ist wirksam, wenn auf dem Konto Einlagen in achtstelliger Höhe vorgehalten werden und der Kunde zur Vereinbarung eines Verwahrentgelts als milderes Mittel nicht bereit ist".

Dieser Artikel ist urheberrechtlich geschützt. Die rechtliche Freigabe ist für den Abonnenten oder Erwerber ausschließlich zur eigenen Verwendung.
Fritz Knapp Verlag GmbH

Die Umstände, unter denen diese Kontoverbindung 2018 zustande kam, sowie die Größenordnung des Guthabens und die Schwierigkeiten der Bank, ihre Kündigung dem Kunden an seine (mehreren) Adressen zuzustellen, auch sein gesamtes Verhalten waren recht ungewöhnlich. Das soll hier aber nicht thematisiert werden. Das Urteil ist aus einem anderen Grund bemerkenswert: Es zeigt nämlich, dass weite Teile der Öffentlichkeit das Begriffsfeld „Negativzinsen" dimensional unzutreffend verstehen, vermutlich wegen der von den Banken über ihre eigene Negativzinspflicht gestreuten Informationen. Die Bürger nehmen in der Regel offenbar an, die Banken müssten ihrerseits die Kundeneinlagen in vollem Umfang mit 0,5 Prozent an die Zentralbank negativ verzinsen, sodass die Negativzinsen der Einleger (nur) dem Ersatz dieses Eigenaufwands ihrer Bank dienen würden.

Das Urteil des LG Köln zeigt nun, dass die „Öffentlichkeit" bei diesem Verständnis der Negativzinsen auch eine Richterbank des LG Köln im Rahmen ihrer Rechtsprechung „Im Namen des Volkes" einschließt. Zwei Sätze in der Begründung dieses Urteils legen das zutage: „… durch die Einlage von 13 Millionen Euro (ist) eine derartige Veränderung der Verhältnisse eingetreten, dass der Klägerin die weitere Führung des Girokontos nicht zumutbar war. Denn nunmehr musste sie für die Einlage des Beklagten Negativzinsen in Höhe von 0,5 Prozent jährlich (hier 65 000 Euro pro anno) an die EZB leisten. Sie ist also lediglich mit Kosten belastet, ohne aus der Geschäftsbeziehung Vorteile zu haben …"

Diese unrichtige Feststellung des Gerichts zur Negativzinspflicht der Bank weist auf den offenbar flächendeckenden Aufklärungsbedarf über diese Pflicht nicht nur im „Grundsätzlichen" hin, sondern auch vor allem im „dimensionalen" Bereich. Diese Aufklärung bedingt somit, dass die Banken bei der Begründung ihrer Absicht, Negativzinsen für die Einlagen ihrer Kunden zu erheben, von ihrem tatsächlichen Eigenaufwand an Negativzinsen ausgehen sollten, der ja im Wesentlichen von der geschäftlichen „Weiterverwendung" dieser Einlagen abhängt. Am Rande sei dazu angemerkt, dass auch die juristische Wertung des Girovertrags im Sinne eines Verwahrungsvertrags grundsätzlich (nur) den Ersatz des Eigenaufwands des Verwahrers im Auge hat, hier also der Bank.

Diesen „Eigenaufwand" der Banken habe ich schon früher in dieser Zeitschrift (ZfgK, Heft 24/2019, Seite 1237) angesprochen und darauf hingewiesen, dass die Fakten dazu nicht immer von den Banken offenbart werden. Das führt dann zu dem falschen Meinungsbild in der Öffentlichkeit. Vor allem das Faktum bleibt zuweilen im Nebel, dass die von den Banken bei der Zentralbank zu haltenden Mindestreserven von 1 Prozent der Kundeneinlagen sowie das Sechsfache dieses Betrags frei von Negativzinsen sind. Damit bleiben derzeit 7 Prozent der Kundeneinlagen einer Bank, die bei der Zentralbank „geparkt" werden, negativzinsfrei.

Fakt ist ferner der primäre Geschäftszweck der Banken, den höchstmöglichen Teil ihrer Kundeneinlagen positiv zinstragend in ihren Aktivgeschäftsfeldern einzusetzen. Sie „parken" daher bei der Zentralbank neben der Mindestreserve nur den Teil der Kundeneinlagen, den sie zur Aufrechterhaltung ihrer Liquidität und als Reserve brauchen und/oder als Überschussliquidität in ihrem Aktivgeschäft nicht zeitgleich einsetzen können. Wenn man praxisnah dafür etwa 10 Prozent der jeweiligen Kundeneinlagen unterstellt, ergibt sich, dass nach Abzug der negativzinsfreien 7 Prozent überhaupt nur für die restlichen bei der Zentralbank gehaltenen 3 Prozent der Kundeneinlagen negative Zinsen für die Bank anfallen.

Bei rechnerischer Umverteilung des Zinsaufwands für diese 3 Prozent der Einlagen auf nur die Hälfte der Gesamteinlagen (bei Berücksichtigung der von der Bank gewährten Freibeträge von Negativzinsen) führt das zu dem Ergebnis, dass der Zinsaufwand der Bank für diese Hälfte nur 0,03 Prozent betrüge, also eine verkraftbare Gebühr von 30 Euro pro 100 000 Euro Einlage wäre. Die Umlage von pauschal 0,5 Prozent Negativzinsen auf die Hälfte der Kundeneinlagen brächte der Bank dagegen mit 0,25 Prozent der Gesamteinlagen das knapp 17-Fache ihres Eigenaufwands an Negativzinsen ein, also 25 Millionen Euro gegen 1,5 Millionen Euro (Beispiel von 10 Millionen Euro Gesamteinlagen, wovon 1 Million Euro bei der Zentralbank geparkt ist). Für den Zinsüberschuss wäre das zweifellos ein „positives" Negativzins-Ergebnis. Für die Meinungsbildung in der Öffentlichkeit könnte es dagegen eher im negativen Bereich verharren.

Dr. Claus Steiner, Rechtsanwalt, Wiesbaden

Dieser Artikel ist urheberrechtlich geschützt. Die rechtliche Freigabe ist für den Abonnenten oder Erwerber ausschließlich zur eigenen Verwendung.
Fritz Knapp Verlag GmbH